



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 24. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 19. April 2018, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

i. V. v. Tobias Koch

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Volker Nielsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung	5
2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017	7
3. Kirchen auf Eiderstedt retten	8
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/568	
4. Terminplanung Mai bis Dezember 2018	9
5. Information/Kennntnisnahme	10
Umdruck 19/755 - Hochschulen Stellenveränderungen Umdruck 19/764 - Haushaltsüberschreitungen Umdruck 19/780 - einheitliche Schulverwaltungssoftware Umdruck 19/796 - Fort- und Weiterbildung im Bereich der Digitalisierung Umdruck 19/797 - Stellenplan Einzelplan 03 Umdruck 19/811 - Richtlinie Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Umdruck 19/815 - Haushaltsreste Umdruck 19/819 - Förderung Infrastrukturmaßnahmen Kommunen Umdruck 19/822 - NDR-Tatort Umdruck 19/829 - Fortschreibung von Haushaltsdaten Umdruck 19/833 - IT Umdruck 19/843 - Schülerbeförderung Konnexität vertraulicher Umdruck 19/793 - Betriebsmittelkredit UKSH vertraulicher Umdruck 19/840 - Förderung Sinti und Roma	
6. Verschiedenes	12
a) Grundsteuer	12
b) Beihilfebearbeitung	12
c) KoPers	12
7. Beschaffung von Containern	13
vertraulicher Bericht des Finanzministeriums vertraulicher Umdruck 19/777 Antrag der AfD-Fraktion auf Aktenvorlage gemäß Artikel 29 Absatz 2 LV Umdruck 19/484	

- 8. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 14**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/600
- Schreiben des Landtagspräsidenten
Umdruck 19/756
- 9. Verkauf der Beteiligungen des Landes an der HSH Nordbank AG 14**
- Antrag der Landesregierung
Drucksache 19/635
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/634
- (Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet den öffentlichen Sitzungsteil um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die [Umdrucke 19/683](#), [19/793](#), [19/840](#) vertraulich zu behandeln und geheim zu halten.

Die Tagesordnung wird in der folgenden Reihenfolge behandelt: 3, 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8.

1. Gesamtplan 2018 für IT und Digitalisierung

[Umdruck 19/383](#)

Herr Goldschmidt, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, legt eingangs dar, derzeit liege die vom Ausschuss erbetene Übersicht über eigene IT und Schatten-IT in den Ressorts noch nicht vor. Er bietet an, im Zuge der nächsten IT-Gesamtplanung einen Konsolidierungsplan vorzulegen und eine Strategie zu entwickeln, wie damit umgegangen werden solle. - Der Ausschuss nimmt dieses Angebot an.

Herr Thomsen, mit der Wahrung der Geschäfte der Abteilung Digitale Agenda und Zentrales IT-Management der Landesregierung im MELUND beauftragt, gibt anhand eines Power-Point-Vortrags einen Überblick über den IT-Gesamtplan (sieht Anlage).

Abg. Raudies regt an, grundsätzlich außerhalb der Haushaltsberatungen einen Termin für die Diskussion über den IT-Gesamtplan vorzusehen und bei dieser Gelegenheit auch weitere Themen, zum Beispiel Barrierefreiheit innerhalb der IT, anzusprechen. Abg. Plambeck schließt sich diesem Vorschlag an.- Staatssekretär Goldschmidt sagt zu, einen entsprechenden Bericht zu erstatten.

Herr Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, erklärt, die Digitalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen im Zentralen IT-Management fänden ausdrücklich die Unterstützung des Landesrechnungshofs.

Auf eine Frage des Vizepräsidenten Wollesen antwortet Staatssekretär Goldschmidt, die Landesregierung arbeite intensiv in der IMAG Digitalisierung. Erst Planungen würden in den Ressorts abgestimmt. Er gehe davon aus, dass noch vor der Sommerpause eine grobe Strategie vereinbart sei. Dies werde im IT-Gesamtplan abgebildet.

**2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über
die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-
Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017**

[Drucksache 19/423](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

3. Kirchen auf Eiderstedt retten

Antrag der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/568](#)

Auf Vorschlag des Abg. Harms stellt der Ausschuss diesen Tagesordnungspunkt bis nach Gesprächen der Landesregierung mit den Kirchen zurück.

4. Terminplanung Mai bis Dezember 2018

[Umdruck 19/823](#)

Abg. Raudies spricht den relativ engen Zeitplan im Rahmen der Haushaltsberatungen an und erkundigt sich danach, ob die Übersendung der Unterlagen auf elektronischem Wege möglich sei. - Frau Heinold, Finanzministerin, versichert, Ziel der Landesregierung sei, mehr Informationen digital zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss beschließt den aus [Umdruck 19/823](#) ersichtlichen Terminplan.

5. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/755](#) - Hochschulen Stellenveränderungen
[Umdruck 19/764](#) - Haushaltsüberschreitungen
[Umdruck 19/780](#) - einheitliche Schulverwaltungssoftware
[Umdruck 19/796](#) - Fort- und Weiterbildung im Bereich der Digitalisierung
[Umdruck 19/797](#) - Stellenplan Einzelplan 03
[Umdruck 19/811](#) - Richtlinie Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
[Umdruck 19/815](#) - Haushaltsreste
[Umdruck 19/819](#) - Förderung Infrastrukturmaßnahmen Kommunen
[Umdruck 19/822](#) - NDR-Tatort
[Umdruck 19/829](#) - Fortschreibung von Haushaltsdaten
[Umdruck 19/833](#) - IT
[Umdruck 19/843](#) - Schülerbeförderung Konnexität
vertraulicher [Umdruck 19/793](#) - Betriebsmittelkredit UKSH
vertraulicher [Umdruck 19/840](#) - Förderung Sinti und Roma

Zu [Umdruck 19/780](#) - einheitliche Schulverwaltungssoftware - interessiert sich Abg. Raudies für eine ungefähre zeitliche Einschätzung, ab wann diese Software für die Schulträger interessant werden könnte. - Frau Heinold, Finanzministerin, sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten. Der Ausschuss stellt den Umdruck bis zur Beantwortung der Frage zurück.

Zu [Umdruck 19/796](#) - Fort- und Weiterbildung im Bereich der Digitalisierung - interessiert sich Abg. Raudies dafür, welche der Fortbildungsmaßnahmen bei der Konzepterstellung neu seien, welche es bereits vorher gegeben habe und wie viel des Budgets in diesem Jahr ausgeschöpft werden werde. Herr Kraft, Mitarbeiter in der Stabsstelle für Verbindungs- und politische Koordinierungsangelegenheiten in der Staatskanzlei, benennt einige Beispiele von Fortbildungsveranstaltungen, die neu aufgelegt oder verändert worden sind. Dahinter stehe häufig die neue Dimension von Digitalisierung. Es gehe darum, einen Kulturwandel herbeizuführen, der auf die gesamte Verwaltung ausstrahle. Dabei sei zum Teil aus bestehenden Programmen geschöpft worden. Im Übrigen sagt er zu, weitere Informationen schriftlich nachzuliefern.

Hinsichtlich der Verwendung der Mittel könne er, Herr Kraft, mitteilen, dass in jedem Fall mehr als die Hälfte des Ansatzes verausgabt werde. Hinzu kämen zum Teil einzelne Veranstaltungen, die derzeit auf den Weg gebracht würden und bereits in der zweiten Jahreshälfte 2018 angeboten werden sollten.

Herr Wollesen, Vizepräsident des Landesrechnungshofs, teilt mit, dass der Landesrechnungshof den aus [Umdruck 19/822](#) - NDR-Tatort - ersichtlichen Bericht an den für die seinerzeitige Prüfung federführenden Rechnungshof in Hamburg übermitteln wolle. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Zu [Umdruck 19/833](#) - IT - geht Vizepräsident Wollesen davon aus, dass es sich um einen Zwischenbericht handele. Er würde sich freuen, wenn vor der Sommerpause ein erneuter Bericht erstattet würde.

Einvernehmen besteht, den [Umdruck 19/843](#) - Schülerbeförderung Konnexität - in das derzeit laufende Gesetzgebungsverfahren zu dieser Thematik einzubeziehen.

Auf eine Frage der Abg. Raudies zu dem vertraulichen [Umdruck 19/793](#) - Betriebsmittelkredit UKSH - legt Frau Reese-Cloosters, Leiterin der Abteilung Haushalt und Beteiligungen im Finanzministerium, dar, dieses Thema werde voraussichtlich Gegenstand der Sitzung des Unterausschusses Unternehmensbeteiligungen am 31. Mai 2018 sein.

Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, führt aus, dass es zu den Betriebsmittelkrediten einige Fragen gebe. Er schlägt vor, diese schriftlich zu formulieren und dem Finanzministerium zuzuleiten. - Der Vorsitzende nimmt diesen Vorschlag auf, regt an, diese Fragen dem Finanzministerium schriftlich zukommen zu lassen, und bittet das Finanzministerium, dem Ausschuss die Beantwortung auf diese Fragen bis zum 31. Mai 2018 zuzuleiten.

Abg. Nobis erkundigt sich danach, ob dem Ausschuss der Wirtschaftsprüfungsbericht zugeleitet werden könne. - Frau Dr. Drechsler, Leiterin des Referats Haushalt, Innerer Dienst im Finanzministerium, sagt zu, dies zu prüfen.

Der Ausschuss nimmt die Informationen - bis auf den zurückgestellten [Umdruck 19/780](#) - zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

a) Grundsteuer

Frau Heinold, Ministerin, berichtet darüber, dass es ein Verfassungsgerichtsurteil zur Grundsteuer gebe, dass die bisherige Berechnung der Grundsteuer für nicht mehr rechtens erkläre. Zur Änderung der Gesetzeslage sei ein ehrgeiziger Zeitplan vorgelegt worden. Das Gesetzgebungsverfahren müsse nämlich bis Ende 2019 beschlossen sein. Dabei gebe es eine Übergangsfrist, um die neue Bemessungsgrundlage einzuführen. Vor dem Hintergrund dieses Zeitrahmens sei schnelles Handeln notwendig. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an einen Bundesratsbeschluss, der vonseiten der Bundesregierung nicht weiterverfolgt worden sei.

Die Finanzminister und -senatoren hätten sich darauf verständigt, ein zeitnahes Treffen von Bund und Ländern durchzuführen. Dort werde das weitere Verfahren besprochen. Man habe sich darauf verständigt, mögliche Modelle auf die Kriterien Verfassungskonformität und Umsetzungszeitraum hin zu überprüfen. Zu dieser Sitzung sei vom Bundesfinanzminister bereits zu Anfang Mai 2018 eingeladen worden.

b) Beihilfebearbeitung

Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Finanzministerium, legt dar, die Bearbeitung mit Stand 17. April 2018 betrage vier Kalendertage oder fünf Arbeitstage. Die Organisationsuntersuchung sei angelaufen. Sie erwarte sich davon wichtige Kenntnisse.

c) KoPers

Staatssekretärin Dr. Schneider berichtet, dass im Rahmen des Praxisbetriebes Fehlerhebungen zu erfolgen hätten. So könnten Daten im Rahmen der Jahreslohnsteuerbescheinigungen unvollständig oder fehlerhaft sein. Die Finanzämter seien angewiesen worden, die Bearbeitung zunächst nicht aufzunehmen. Das Ministerium führe enge Gespräche mit der Softwarefirma mit dem Ziel, diesen Fehler zu beheben. Bei dem zweiten Fehler handle es sich um ein Schnittstellenproblem. Meldedaten im Rahmen der Riesterrente seien zum Teil nicht fristgerecht an die Finanzämter übermittelt worden. Die Softwarefirma sei aufgefordert, die Schnittstellenproblematik so schnell wie möglich zu lösen. Hierzu werde die Landesregierung am 31. Mai 2018 berichten.

7. Beschaffung von Containern

vertraulicher Bericht des Finanzministeriums
vertraulicher [Umdruck 19/777](#)
Antrag der AfD-Fraktion auf Aktenvorlage gemäß Artikel 29 Absatz 2 LV
[Umdruck 19/484](#)

Frau Dr. Schneider, Staatssekretärin im Finanzministerium, weist darauf hin, dass das Ministerium dem Ausschuss den schriftlichen Bericht vor der Osterpause zugeleitet habe. Darin seien ausführlich die Hintergründe und Zusammenhänge in chronologischer Reihenfolge dargestellt. Der Punkt der Vertraulichkeit betreffe den Auflösungsvertrag. Darin seien schützenswerte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Abg. Raudies bedankt sich für die Vorlage des Berichts und erklärt, dass damit ihre Fragen beantwortet seien.

Auf eine Frage hinsichtlich der weiteren Verwendung der Container legt Herr Klindt, Leiter des Referats Gebäudemanagement, staatlicher Hochbau, Liegenschaftsverwaltung im Finanzministerium, dar, dass es noch Container gebe, bei denen es noch Strom- oder ähnliche Anschlüsse gebe. Diese müssten abgebaut werden. Außerdem müssten Rückbauverpflichtungen abgeschlossen werden. Die restlichen Container, die für eine Unterbringung nicht geeignet seien, würden auf der GMSH-Seite zum Kauf angeboten. Die Kaufinteressenten seien vom Ministerium angeschrieben worden. Das Angebot sei sowohl in kleinere als auch in größere Lose eingeteilt worden.

Abg. Nobis bedankt sich für die Vorlage des schriftlichen Berichts und erklärt, für ihn seien noch einige Fragen insbesondere zum Vertrag offen. - Frau Heinold, Finanzministerin, bietet an, dem Finanzausschuss den Sani-Vertrag im Wege des Tresorverfahrens zur Verfügung zu stellen. Dieser beinhalte - so auf Nachfrage des Abg. Nobis - auch den Aufhebungs- und Abwicklungsvertrag. - Daraufhin stellt Abg. Nobis seinen Antrag auf Aktenvorlage zunächst zurück.

8. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/600](#)

Schreiben des Landtagspräsidenten
[Umdruck 19/756](#)

9. Verkauf der Beteiligungen des Landes an der HSH Nordbank AG

Antrag der Landesregierung
[Drucksache 19/635](#)

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/634](#)

(Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)

hierzu: [Umdrucke 19/765](#), [19/805](#) und vertraulicher [Umdruck 19/683](#)

Finanzministerin Heinold legt dar, dass 2,5 Milliarden € für die HSH Nordbank im Nachtragshaushalt eingestellt seien. Sie bittet um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Da das Ganze im Rahmen der Haushaltssystematik als Investition eingestuft werde, betrage die Investitionsquote des Landes nunmehr rund 27 %.

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, ergänzt, dass den Mitgliedern des Landtages die erforderlichen Informationen im Rahmen des Tresorverfahrens möglichst schnell zur Verfügung gestellt worden seien. Es gebe ferner einen Vermerk, der das gesamte Verfahren zusammenfasse, der im Wesentlichen der Beschlussfassung in Hamburg diene. Er biete an, auch diesen Vermerk im Rahmen des Tresorverfahrens zur Verfügung zu stellen. - Der Ausschuss nimmt dieses Angebot an.

Er fährt fort, derzeit sei das Land Schleswig-Holstein dabei, die erforderlichen Bedingungen für den Verkauf zu erfüllen. Es stehe ein Landtagsbeschluss an. Dem folgten Beschlüsse der Hamburger Bürgerschaft. Derzeit liefen intensive Gespräche mit dem DSGV. Er vertritt die Ansicht, dass das Land eine enorme Bürde auf sich nehme. Vor diesem Hintergrund wäre es wichtig, dass alle ihre Verantwortung wahrnehmen und zur zügigen Erfüllung der aufschiebenden Bedingungen beitragen.

Der Ausschuss setzt seine Beratungen zu diesen Tagesordnungspunkten in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil fort (siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil).

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung: 11:12 bis 12:09 Uhr)

Der Ausschuss fasst folgende Beschlussempfehlungen:

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag, den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/634](#), zur Kenntnis zu nehmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Landesregierung, [Drucksache 19/635](#), unverändert anzunehmen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, [Drucksache 19/600](#).

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:12 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin